

Was ist von der Hoffnung auf einen anderen, besseren Sozialismus geblieben? 16 Seiten Wende-nd über linkes Aufbegehren, vergessene Reformer und Westdeutsche im neuen Osten.

Fotos: Archiv



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 4. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 256 Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Selbstgerechter Westen

Ulrich Heyden über die umstrittene Wahl in der Ostukraine

Die Ignoranz von Politikern und Medien in Deutschland gegenüber der Wahl in der Ostukraine ist selbstgerecht. Sie verdeckt, dass es nicht nur Russland, sondern auch der Westen selbst war, der die Abspaltungstendenzen in der Region befördert hat. Denn die Ängste der Menschen in diesem Teil der Ukraine vor kultureller Benachteiligung, ihre Sorge um das Recht auf die russische Sprache und auf enge wirtschaftliche Beziehungen zu Russland oder ihr positiver Bezug auf die Befreiung von Hitlers Wehrmacht wurden nie wirklich ernst genommen.

Gewalt gegen Polizisten und die Besetzungen von öffentlichen Gebäuden in der zentralen und Westukraine galten auch hierzulande vor allem als Notwehr gegen den damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Besetzungsaktionen von Aktivisten, die im Süd- und Ostteil des Landes für eine Föderalisierung in der Ukraine eintraten, wurden dagegen als »ungesetzlich«, »terroristisch« und »von Russland gesteuert« heruntergemacht.

Es ist leicht, ohne wirkliche Kenntnis der Region zu urteilen. Doch solange Kiews Armee Wohnviertel in der Ostukraine beschießt, ist es weltfremd, von den Politikern dort eine politische Kultur wie in Europa und Wahllokale ohne bewaffneten Schutz zu fordern. Der Aufbau von stabilisierenden staatlichen Strukturen in den Gebieten Donezk und Lugansk nach den Wahlen am Sonntag scheint so zur Zeit ein gangbarer Weg zu Verhandlungen und Frieden zu sein.

UNTEN LINKS

Früher – also bis vor exakt 25 Jahren – hatten viele DDR-Bürger den Eindruck, dass nur in ihrem Land Jubiläen bis zum Abwinken gefeiert werden. 50, 60, 70 Jahre Oktoberrevolution, 100 Jahre Lenin, Republikgeburtstage auch gern unround, SED-Parteitage von eins bis elf – Anlässe zu Festakten und besonders guten Leistungen in der Produktion gab es immer. Doch welche Erhellung: Auch im Westen geht man den Leuten mit diversen Begännissen auf den Senkel. Insbesondere wenn sie mit der deutschen Einheit zu tun haben. Es darf also keinen wundern, wenn eine Mehrheit der Deutschen inzwischen von der Jubelei die Nase voll hat. Ganz abgesehen davon, dass andere Jahrestage einfach nicht stattfinden. Nehmen wir nur den Start der CDU-Spendenaffäre heute vor 15 Jahren. Die hat den Ruf des Einheitskanzlers immerhin so beschädigt, dass der kein Bein mehr auf den Boden bekommen hat. Aber keiner erinnert daran. Vielleicht, weil das schon wieder mit dem Wort Einheit zu tun hat? oer

Bedrohtes Gedenken in Perm-36

Russische Regierung gefährdet Gulag-Museum für Opfer des Stalinschen Terrors



Dokumente einer Inhaftierten aus der Ausstellung des Straflager-Museums Perm-36

Foto: imago

Berlin. Hunderttausende Menschen fielen den stalinistischen Säuberungswellen in der Sowjetunion zum Opfer, wurden hingerichtet oder in Arbeits- und Straflager gesperrt. Das einzige der vielen Gulag-Lager, das auf dem gesamten einst sowjetischen Territorium erhalten geblieben ist, befindet sich nahe des Dorfes Kutschino im Gebiet Perm, im Ural-Gebirge. Heute ist dieses Lager Perm-36, in dem noch bis zum Ende der Sowjetunion politische Gefangene inhaftiert waren, Museum und Gedenkstätte am authentischen Ort.

Noch – denn die russische Menschenrechtsorganisation Memorial, die u.a. Verbrechen aus der Stalinzeit dokumentiert und sich um Opfer kümmert, wurde jetzt aus der Verwaltung des Gedenkkomplexes herausgedrängt. Der russische Staat übernahm das Museum, nachdem sich Memorial wie andere Nichtregierungsorganisationen dem Vorwurf des Agentens für den Westen ausgesetzt sah und deshalb Fördergelder von russischen Behörden ausblieben, die bereits zugesagt waren. Begründet wird der Agentenvorwurf beispielsweise mit Projektfinanzierungen aus Westeuropa, so von der deutschen Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft«.

Memorial-Mitarbeiter Robert Latypow weist diese Vorwürfe zurück und kritisiert die russische Regierung. Er befürchtet, dass die Gedenkstätte Perm-36 unter rein staatlicher Aufsicht »provinziell und unauffällig« wird. Im nd-Interview sagt Latypow, »je weniger sich Memorial mit den Opfern des Terrors und vor allem den heutigen Verletzungen der Menschenrechte beschäftigt«, desto ruhiger könnten »die Verantwortlichen auf regionaler und föderaler Ebene« in Russland leben. wh Interview Seite 3

Russland fordert Ukraine zu Gesprächen auf

Deutschland sieht in Wahl Belastung für Entspannungsprozess

Moskau. Nach den Wahlen in der Ostukraine hat Russland die Führung in Kiew zu sofortigen Verhandlungen mit den Separatisten aufgefordert. Die ukrainische Regierung müsse ihre militärische »Anti-Terror-Aktion« für beendet erklären und mit den Anführern der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk einen gleichberechtigten Dialog beginnen, sagte Vizeaußenminister Grigorij Karassin am Montag der Agentur Tass zufolge in Moskau. Die Wahlen hätten den Vertretern der Unruheregionen das Mandat für breite Verhandlungen mit der prorussischen Zentralregierung gegeben. Karassin bekräftigte, dass Moskau die Abstimmung der prorussischen Aufständischen anerkenne. Sollten die EU und die USA auf diese Haltung mit weiteren Sanktionen gegen Russland reagieren, wäre das ein großer Fehler.

»Russland ist wegen der Ukraine-Krise bereits seit Monaten mit westlichen Strafmaßnahmen belegt. Aber außer, dass die russische Gesellschaft noch enger zusammengerückt ist, haben diese Maßnahmen nichts bewirkt. Bei Konflikten sind Sanktionen absolut kontraproduktiv«, sagte Karassin. Russland hatte als Reaktion auf westliche Strafmaßnahmen die Einfuhr vieler Lebensmittel vor allem aus der EU untersagt.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat Russland dagegen davor gewarnt, die Separatisten weiter zu ermuntern. »Ich hoffe, dass Russland jenseits der öffentlichen Erklärungen nichts unternimmt, um das Wahlergebnis zum Anlass zu nehmen, die Separatisten in der Ostukraine zu ermuntern, ihren Weg in die Unabhängigkeit tatsächlich fortzusetzen«, sagte Steinmeier am Montag am Rande eines Besuchs in Indonesien. dpa/nd Seite 7

Neuer Bahnstreik steht vor der Tür

Bisher kein Datum genannt / GDL gibt Unternehmen Schuld am Konflikt

Berlin. Im Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn AG (DB) und der Lokführergewerkschaft GDL ist eine weitere Gesprächsrunde ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die GDL kündigte am Montagmorgen neue Streiks an, ohne aber ein konkretes Datum zu nennen. In verschiedenen Medien war von bis zu 91 Stunden Streik die Rede. Die Bahn hatte der Gewerkschaft zunächst vorgeworfen, sie habe die vertraulichen Gespräche, die während einer von der GDL verkündeten Streikpause begonnen hatten, »kurz vor dem Durchbruch platzen« lassen.

Man habe einen »Tarifvertrag zur Regelung tariflicher Verfahrensfragen« in zehnstündigen Gesprächen entwickelt, der am Sonntagabend abschließend besprochen werden sollte. Die GDL habe nach einer Sitzung ihrer Tarifkommission eine »Rolle rückwärts« gemacht, hieß es in der Mitteilung der Bahn. Personalvorstand Ulrich Weber kritisierte, die Gespräche seien an »reinen Machtfragen« gescheitert.

Die GDL warf am Montagmorgen der Unternehmensseite vor, sie wolle ein »Tarifdiktat« errichten und missachte Grundrechte. Besonders aufstoßen dürfte der GDL, dass im Tarifvertragsentwurf der Bahn zwar die Möglichkeit von gemeinsamen Verhandlungen mit der Konkurrenzgewerkschaft EVG enthalten sei. Doch im Falle von nicht lösbaren Konflikten, soll die Zuständigkeit der GDL für die Lokführer gelten, die der EVG für die Zugbegleiter. Die jeweils unterlegene Gewerkschaft unterläge dann einer Friedenspflicht. Doch die Tarifzuständigkeit für die Zugbegleiter ist eine Kernforderung der GDL im laufenden Konflikt. Die Tarifkommission der Gewerkschaft hatte den DB-Vorschlag einstimmig abgelehnt. jme

Diskriminierende Sonderregeln bleiben

Bundestag berät über Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung von Flüchtlingen

Während sich der Bundestag mit Fragen der Flüchtlingspolitik beschäftigte, bahnten sich in Berlin neue Proteste an.

Berlin. Bei einer Anhörung des Sozialausschusses im Bundestag waren sich die geladenen Sachverständigen einig, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli 2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz nun schnell umgesetzt werden sollte. Wie dies geschehen soll, ist allerdings zwischen den Parteien strittig. Die Große Koalition will, dass die Dauer des Bezugs von Grundleistungen von derzeit 48 auf 15 Monate verkürzt wird. Leistungsberechtigte würden nach 15 Monaten Leistungen der Grundversicherung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch beziehen können. Der Bundestag soll am Donnerstag über den Gesetzentwurf der Regierung abstimmen.

Die Oppositionsfractionen von Linkspartei und Grünen fordern

hingegen, das Gesetz aufzuheben. Statt weiter auf »Ausgrenzung und diskriminierende Sonderregeln« zu setzen, müssten Asylsuchende bei der Wohnungs-, Arbeitssuche und beim Spracherwerb unterstützt werden, heißt es in einem Antrag der Linksfraction. Sie will Asylbewerber in das allgemeine System der sozialen Sicherung nach dem Sozialgesetzbuch einschließen und Gesundheitsversorgung überführen. Bei der Anhörung beklagte auch Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin eine weiter bestehende Ungleichbehandlung.

Die Karlsruher Richter hatten entschieden, dass Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland mehr Geld bekommen müssen. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verstießen demnach gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Der Bundestag wird sich ebenfalls am Donnerstag erstmals mit

einem Gesetzentwurf befassen, der die Unterbringung von Flüchtlingen in Gewerbegebieten erleichtern bzw. erst ermöglichen soll. Während einer Bundestags-

»Wenn die Gerhart-Hauptmann-Schule geräumt wird, gehe ich wieder auf das Dach.«

Flüchtling in Berlin

anhörung verdeutlichten die Vertreter aus Ländern und Kommunen, wie dringend es einer solchen Lösung bedarf. Wohlfahrtsverbände forderten stattdessen eine »dezentrale Unterbringung«. Die Asylbewerber sollten eigenen Wohnraum erhalten. Dies käme die Kommunen auch billiger, so die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme.

